



iran-report

Nr. 08/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Der 9. Juli und danach / Größte iranische Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat an UN-Generalsekretär Annan / Parlament stimmt zwei Konventionen zu: Konvention gegen Folter und Misshandlungen und Konvention für Gleichbehandlung von Frauen / Erste Bürgermeisterin in Iran / Tod der Journalistin Zahra Kazemi wird aufgeklärt: Folterungen beim Verhör / Prominente Intellektuelle fordern UNO auf, die Lage der Menschenrechte in Iran zu untersuchen / Rücktritt eines Ministers / Studenten erteilen dem Staat eine Absage / Iran zeigt Mittelstreckenrakete „Sternschnuppe“

II. Wirtschaft

Erneuter Versuch Irans, Mitglied der WTO zu werden / Handel zwischen Iran und Irak kommt trotz Besatzung in Schwung / Großes Ölvorkommen in Südiran entdeckt / Auslandsanleihen für den Ausbau der Teheraner U-Bahn bewilligt

III. Außenpolitik

Konflikt um iranisches Atomprogramm hält an: EU verstärkt Druck / Chamtamis Besuch in Brüssel abgesagt / Ab August kehren hunderttausende Iraker aus dem Iran zurück / Kuba stört amerikanische Fernseh- und Rundfunksendungen für Iran / Iran hält hochrangige Mitglieder der El-Kaida in Haft - USA verlangen Auslieferung / Deutsche Politiker kritisieren die amerikanische Iran-Politik

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2003 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik
Der 9. Juli und danach

Der 9. Juli, der vierte Jahrestag des Überfalls auf ein Studentenheim in Teheran, sollte nach den Vorstellungen oppositioneller Gruppen zu einem Tag eines landesweiten Widerstands werden. Nicht nur Studenten, sondern sämtliche Gruppen der Opposition im In- und Ausland hatten für den 9. Juli große Demonstrationen angekündigt. Die von den USA finanzierten Rundfunk- und Fernsehsender erweckten sogar den Eindruck, dass der 9. Juli der Beginn eines Volksaufstands sei, der kurzfristig zu einem Regimewechsel führen werde. Am stärksten ereiferten sich die Monarchisten. In einem Flugblatt, das sie im Internet veröffentlichten und auch in einigen Städten in Umlauf brachten, hatten sie die Bevölkerung aufgefordert, sich mit allem, was sie an Waffen zur Verfügung hätten, und sei es auch nur ein Messer oder ein selbst gebastelter Molotowcocktail, auf die Straße zu begeben. Am 9. Juli werde man den Mullahs einen Denkmals verpassen.

Nichts dergleichen geschah. Lediglich am Abend gab es in Teheran eine spontane Demonstration, die bald auseinander getrieben wurde. Die größte Studentenorganisation, Tahkim-e Wahdat, die, nachdem jede Versammlung innerhalb und außerhalb der Universitäten verboten worden war, einen Sitzstreik vor dem Büro der Vereinten Nationen in der Hauptstadt angekündigt hatte, erklärte am 9. Juli auf einer Pressekonferenz, sie werde vorerst alle Protestkundgebungen einstellen. Nach der Pressekonferenz wurden zwei Vorstandsmitglieder der Organisation von „Zivilgekleideten“ festgenommen, geschlagen und abgeführt. Die Machthaber besaßen offensichtlich nicht einmal die Souveränität, den Studenten trotz des Rückziehers ein kritisches Wort zu gönnen.

Sie hatten mit einem Blutbad gedroht und damit die Studenten vor die Wahl gestellt, entweder einen Massenmord zu riskieren, oder klein beizugeben. Die Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat hat politisches Gespür bewiesen. Denn auch ohne landesweite Demonstrationen

ist jedem klar geworden, dass die Turban tragenden Gottesmänner nur noch mit nackter Gewalt herrschen können. Eine Macht, die aus einer Revolution hervorgegangen ist und sich auf den Glauben beruft, hat ihre Legitimation längst verloren, wenn sie mit Maschinengewehren und Panzern gegen die eigene Glaubensgemeinschaft vorgeht. Demnach haben nicht die Studenten, die ein Massaker verhindert haben, sondern die Mullahs kapituliert. Der Zerfallsprozess des Gottesstaates hat längst begonnen, es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann er sein Ende findet.

Die Opposition sollte aus dem 9. Juli die richtigen Lehren ziehen. Zwar hat die überwiegende Mehrheit des Volkes längst die Hoffnung, die sie in Chata-mi und seine Reformen von oben gesetzt hatte, aufgegeben und die Einsicht gewonnen, dass sich ein Staat, der an der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit festhält und den Willen des Volkes missachtet, mit einer zivilen, demokratischen Gesellschaft nicht vereinbaren lässt. Aber diese Einsicht und die weit verbreitete Unzufriedenheit reichen nicht aus, um einen Regimewechsel herbeizuführen. Dazu bedarf es organisatorischer Mittel und politischer vorbereiteter Alternativen. Ohne diese Voraussetzungen, die bislang in Iran fehlen, kann die Opposition nicht zum Ziel kommen.

Die USA sollten endlich begreifen, dass ihre Versuche, das Volk zu einem Aufstand zu ermuntern, nur den konservativen Machthabern nutzen. Die Jubelrufe aus Washington wirkten wie ein Dolchstoß. Sie lieferten den Machthabern den Vorwand, die Proteste der letzten Wochen als ein Machwerk der USA zu denunzieren und das Volk zur Verteidigung des Vaterlands und des Glaubens aufzurufen.

Das iranische Volk kann auf die „Hilfe“ aus Washington verzichten. Es ist reif genug, um sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Alle Anzeichen deuten darauf, dass das Volk den Weg in die Freiheit und Demokratie ohne Gewalt beschreiten will. Die beste Waffe, die die Opposition dabei anzuwenden versucht, sind die bestehenden Gesetze, die Grundsätze der Verfassung und die Ziele, die zu Beginn der Revo-

lution angekündigt wurden. Somit ist jedes Ereignis ein neuer Beweis dafür, dass die Machthaber ihre eigenen Gesetze, ihre Verfassung permanent missachten und die Ziele ihrer Revolution längst aufgegeben haben. Mit jedem Ereignis verlieren die Herrschenden ein Stück ihrer Legitimation. Was in Iran zurzeit läuft, ist ein Zermürbungsprozess, der ohne eine direkte, gewaltsame Konfrontation den Zerfall des Regimes herbeiführen soll.

Problematisch ist nun die Lage der Reformfraktion. Sie steckt in einer Zwickmühle. Denn sie will einerseits die Reformen fortsetzen und andererseits den Gottesstaat bewahren. Diese Strategie lässt sich seit geraumer Zeit nicht mehr mit den Zielen der Opposition, die sich außerhalb des Machtapparats befindet, in Übereinstimmung bringen. Die Konsequenz daraus ist eine Spaltung der Reformfraktion. Zahlreiche Parlamentsabgeordnete erwägen, ihr Mandat niederzulegen. Der Rücktritt des Ministers für Höhere Bildung, Mostafa Moein, ist vielleicht ein Auftakt. Ohnehin läuft Chatamis Amtszeit in etwas mehr als einem Jahr ab. Bereits im Frühjahr nächsten Jahres sind Parlamentswahlen. Der Machtkampf spitzt sich auf dieses Datum zu. Wer daraus als Sieger hervorgehen wird, ist längst nicht ausgemacht.

Größte iranische Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat an UN-Generalsekretär Kofi Annan

Die größte Studentenorganisation Irans, Tahkim-e Wahdat, hatte Jahre lang den Versuch Präsident Chatamis, den Gottesstaat von oben zu reformieren und in eine zivile Gesellschaft zu verwandeln, unterstützt. Wie die Mehrheit der Bevölkerung ist auch sie nach eigenen Angaben zu der Überzeugung gelangt, dass dieser Versuch endgültig gescheitert ist. Der offene Brief vom 7. Juli an Kofi Annan erweckt den Eindruck eines letzten Hilferufs, eines letzten Versuchs, auf friedlichem Weg einen Wandel herbeizuführen.

„Sehr geehrter Herr Generalsekretär, Wir wenden uns an Sie, weil die politische Apartheid in unserem Land die Grenzen der Geduld unseres Volkes längst überschritten hat, weil unserem Volk das Recht, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen, geraubt worden ist“, steht in dem Brief, der von Stu-

dentenvertretungen an dreißig Universitäten des Landes unterzeichnet ist. „In unserem Land sind sämtliche Freiheiten, wie Gedanken- und Meinungsfreiheit, die Freiheit zur Bildung von Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften, zur Versammlung, zur Wahl der Religion und Ausübung des Glaubens, zur Information außer Kraft gesetzt. Die Rechte der Frauen, das Recht auf die Wahl der Kleidung, der Schutz des Privatlebens vor den Eingriffen der Staatsmacht, die Unabhängigkeit der Gerichte (...) diese Rechte und Pflichten sind in der Konvention der Menschenrechte, die auch Iran unterschrieben hat, verankert. Sie werden jedoch von den Machthabern in unserem Land permanent mit Füßen getreten.“

Die politische und gesellschaftliche Apartheid, die auf einer irrigen Auffassung vom Glauben beruhe, habe zu einer scharfen Grenzziehung zwischen „eigenen“ und „nicht-eigenen“, Gläubigen und Nichtgläubigen, Revolutionären und Konterrevolutionären, Bürgern erster und zweiter Klasse geführt. Macht, Reichtum, gesellschaftliches Ansehen und Informationen seien von den Herrschenden monopolisiert.

Die Autoren zitieren einigen Paragraphen der Konvention der Menschenrechte und vergleichen diese mit den realen Zuständen in Iran. Im Paragraph 3 der Konvention zum Beispiel heißt es: „Jedes Individuum hat ein Recht auf Leben, auf Freiheit und persönliche Sicherheit.“ „Aber in unserem Land sind in den 80er und 90er Jahren zahlreiche Morde und Verbrechen gegen Andersdenkende verübt worden. An diesen Verbrechen waren die Machthaber des Landes oder zumindest ein Teil von ihnen direkt beteiligt.“ Der Mord an unabhängigen Schriftstellern und Intellektuellen wie Dr. Sami, Dariush Forouhar, Parvaneh Eskandari, Madjid Sharif, Mohammad Mochtari, Djafar Pujandeh, Saidi Sirdjani, Piruz Dawani und anderen bekannten Persönlichkeiten und die Verbrechen gegen zahlreiche Menschen, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, die Hinrichtungen von Oppositionellen, die ohne ein Gerichtsurteil erfolgt sind, zeugen davon, dass die Herrschenden in Iran und die Kräfte, die in ihrem Auftrag handeln, das Leben von Menschen ohne Skrupel auslöschen können. Die neuesten Gerüchte besagen, dass auch einige Demonstranten, die bei den letzten Unru-

hen festgenommen wurden, hingerichtet werden sollen.“

Die Autoren berichten von dem Überfall der Schlägertruppen auf ein Studentenheim vor vier Jahren, bei dem ein Student getötet wurde. Der Vorfall habe sich vor wenigen Tagen abermals in Teheran wiederholt. Schlägertruppen hätten, mit Messern, Knüppeln und Ketten bewaffnet, brutal auf Studenten eingeschlagen. Nicht nur Studenten, sondern auch Parlamentsabgeordnete würden nicht verschont bleiben. So würden Parlamentarier, die kürzlich einen offenen Brief an den Revolutionsführer geschrieben haben, nach eigenen Angaben ständig verfolgt und bedroht.

Die Konvention der Menschenrechte lehne jede Form von Folter ab. Im Iran hingegen würden Kritiker des Regimes und studentische Aktivisten brutal gefoltert, selbst normale Bürger blieben davon nicht verschont. Gefangene würden durch unerträgliche Folterungen zu Geständnissen gezwungen, sie werden erniedrigt, geschlagen, an ein Bett gebunden und ausgepeitscht, sie werden am Schlaf gehindert, es werden Hinrichtungen vorgetäuscht. Einige Gefangene hätten nach ihrer Freilassung über diese Foltermethoden berichtet.

Artikel 7 der Konvention der Menschenrechte betont die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. In Iran werde dieser Grundsatz ständig missachtet. Menschen werden unter einem beliebigen Vorwand verhaftet, sie werden über längere Zeit, ohne Rechtsbeistand in Untersuchungshaft gehalten. Selbst Rechtsanwälte, die Oppositionelle verteidigen, erfahren dasselbe Schicksal.

Hingegen dürfen Verbrecher, die Studentenheime überfallen, Oppositionelle ermorden und Terrorakte ausüben, frei herumlaufen und sich - von der herrschenden Macht geschützt - öffentlich mit ihren Taten brüsten. Selbst wenn die Verhaftungen von Personen von Gerichten angeordnet werden, kommen die Verurteilten nicht in ein ordentliches Gefängnis. Sie werden körperlich misshandelt, sie werden mit Waffengewalt abgeführt. Ihr Aufenthaltsort bleibt über lange Zeit unbekannt. Über ihr Schicksal erhält man keinerlei Informationen.

Artikel 9 der Konvention besagt, dass niemand willkürlich in Haft genommen, ins Gefängnis gesteckt oder verbannt werden darf. In Iran vergeht kaum ein Tag, an dem diese Vorschrift nicht

missachtet wird. Beispiele dafür gibt es mehr als genug. Zahlreiche Dissidenten, Studenten, Kritiker befinden sich seit Jahren ohne ein Gerichtsurteil in Haft. Bei den jüngsten Unruhen sind nach Aussagen des Generalstaatsanwalts Namazi 4000 Studenten verhaftet worden, worunter sich auch unbeteiligte Passanten befanden.

„Wir sind überall und ständig, auf der Straße, in unserem Alltag, von willkürlichen Verhaftungen und Menschenraub bedroht.“

Die Freiheit des Denkens und des Glaubens gehört zu den Grundsätzen der Menschenrechte. In Iran werden „Abtrünnige“, also Menschen, die ihren Glauben wechseln, zum Tode verurteilt. Auch Meinungsfreiheit und das Recht auf Information werden in der Islamischen Republik permanent missachtet. Zahlreichen Gelehrten, wie dem Religionsphilosophen Abdolkarim Soroush oder dem Geistlichen Ayatollah Montazeri, wurde eine Lehrtätigkeit untersagt. Professor Hashem Aghadjari wurde wegen eines Vortrags über den islamischen Protestantismus zum Tode verurteilt. Akbar Gandji und Emadeddin Baghi wurden aufgrund ihrer mutigen, kritischen Schriften zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Über hundert Zeitungen wurden wegen ihrer kritischen Position zur herrschenden Macht verboten.

Seit fünf Jahren versucht der Islamische Studentenverband vergeblich, die Erlaubnis für eine Kundgebung außerhalb der Universität zu erlangen. Dasselbe gilt für andere Verbände und Gewerkschaften. Die Organisation „Freiheitsbewegung“ wurde aufgelöst, ihre Mitglieder wurden wegen der Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation als „Krieger gegen Gott“ verurteilt. Der iranische Schriftstellerverband erhielt nicht einmal die Erlaubnis zu einer Sitzung, um seinen Vorstand wählen zu können. Die Verbandsmitglieder müssen ihren Alltag in einer Atmosphäre der ständigen Angst vor polizeistaatlichen Maßnahmen verbringen.

„Die Konvention der Menschenrechte räumt jedem Individuum das Recht ein, das Schicksal des Landes mitzubestimmen. Der Wille des Volkes wird durch freie, allgemeine, gleichberechtigte, geheime Wahlen umgesetzt.“

In unserem Land dürfen nur jene Kandidaten als Vertreter des Volkes gewählt

werden, die durch die herrschende Macht bestätigt werden. Das Parlament ist nichts als eine demokratische Pose, denn jeder Versuch der Volksvertretung, die bestehenden Ungerechtigkeiten zu ändern, scheitert an dem Veto der absoluten Macht, deren Instanzen nicht gewählt, sondern vom Revolutionsführer ernannt worden sind.

Der Staatspräsident, der zweimal mit mehr als 20 Millionen Stimmen direkt vom Volk gewählt worden ist, hat in Wirklichkeit nach eigener Aussage weniger Macht als ein gewöhnlicher Bürger. Seine Aktivitäten werden nur dann akzeptiert, wenn sie sich nicht im Widerspruch zur herrschenden Macht befinden.“

Der Brief schließt mit folgenden Sätzen:

„Es ist bedauerlich, dass in unserem Land die Grundrechte und Freiheiten und Aktivitäten, die der Gerechtigkeit, der Moral, der Ordnung und dem Gemeinwohl dienen, missachtet werden. Alle Ratschläge und Empfehlungen der Intellektuellen und der Reformer sind bislang vergeblich gewesen. Die Tage, die wir jetzt verbringen, zeugen vom schwarzen und verderblichen Schicksal eines opferbereiten Volkes, das auf der Suche nach jenem Tag ist, an dem es selbst sein Schicksal in die Hand nimmt, Gerechtigkeit walten lässt, Liebe und Solidarität spendet und auf diesem alten Erdteil Freiheit und Demokratie institutionalisiert.“

Lassen Sie unseren Klagen Gerechtigkeit widerfahren, und zwar jetzt, wo wir als Unterdrückte bei Ihnen Zuflucht suchen, damit mögliche tragische Katastrophen vermieden werden, damit Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in unser Land einkehren können.“

Parlament stimmt internationaler Konvention gegen Folter und Misshandlungen zu

Nach langen Debatten hat das islamische Parlament die Unterzeichnung der internationalen Konvention gegen Folter und Misshandlungen beschlossen. Wie der Internetdienst „Rooydad“ berichtet, hatten zuvor 25 Mitglieder der Fraktion der Konservativen, die im Parlament die Minderheit stellen, die Vertagung der Debatte um sechs Monate beantragt. Hassan Sobhani, Mitglied

der Oppositionsfraktion, begründete den Antrag damit, dass in der Konvention die Interpretation der Folter der islamischen Rechtsauffassung von Strafe widerspricht. Die Debatte solle zur Klärung der Widersprüche um ein halbes Jahr vertagt werden. Demgegenüber sagte Iradj Nadimi, Mitglied der Reformfraktion, das Vertagen sei sinnlos. Hingegen würde der Beitritt Irans zu der Konvention dem äußeren Druck auf das Land entgegenwirken und manches in der iranischen Außenpolitik erleichtern. Die Mehrheit des Parlaments folgte Nadimis Argumentation.

Während der Debatte ergriff Sobhani abermals das Wort und sagte, in der Konvention werde jede körperliche Strafe als Folter bezeichnet. Dies widerspreche den islamischen Strafmaßnahmen. Ihm widersprach Meisam Saidi. Er sagte, 132 Staaten seien der Konvention beigetreten, darunter auch 24 islamische Staaten. „Es ist nicht angebracht, dass der Name unseres Landes in einem Atemzug mit Angola, Mongolei und Eritrea genannt wird - mit Ländern, die nicht der Konvention beigetreten sind“, fügte er hinzu.

Der konservative Abgeordnete Musa Ghobani warnte davor, der Konvention beizutreten. „Damit begeben wir uns in eine Lage, in der uns internationale Institutionen zur Rechenschaft ziehen werden“, sagte er. Ihm widersprach Mohammad Kazemi von der Reformfraktion. Er sagte: „Man muss zwischen einer körperlichen Strafe und einem Gerichtsurteil unterscheiden. Die Konvention richtet sich nicht gegen Gerichtsurteile, auch nicht gegen jene, die eine körperliche Strafe vorsehen. Nur Strafen, die ohne Gerichtsurteile vollzogen werden, gelten als Folter.“

Zum Schluss der Debatte stimmte die Mehrheit für den Beitritt. Wie jedes Gesetz bedarf auch dieser Beschluss der Zustimmung des Wächterrats. Es ist stark anzunehmen, dass der Wächterrat den Argumenten der Konservativen folgen und den Beschluss ablehnen wird.

Zustimmung des Parlaments zur Konvention für Gleichbehandlung von Frauen

Das Parlament stimmte auch der Konvention für Gleichbehandlung von Frauen zu. Bei der vorausgegangenen Debatte, die über Monate geführt wurde, wurden zwischen den Gegnern und Befürwortern wichtige Argumente ausgetauscht, Argu-

mente, die die unterschiedlichen Sichtweisen, die im Parlament vertreten werden, deutlich zum Ausdruck brachten. Am Ende der Debatte beantragten die konservativen Abgeordneten eine geheime Abstimmung. Der Antrag wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

Wie der parlamentarische Internetdienst „Rooydad“ berichtet, begaben sich die weiblichen Abgeordneten auf den Balkon, wo ebenfalls zahlreiche Journalistinnen anwesend waren. Sie wollten feststellen, wer unter den männlichen Abgeordneten gegen die Konvention stimmt. Mohammad Reza Chatami, der die Sitzung leitete, sagte zu den Abgeordneten, „gebt acht, die Frauen schauen euch zu“. Nachdem die überwiegende Mehrheit der Konvention zugestimmt hatte, luden die weiblichen Abgeordneten als Dank die Mitglieder des Parlaments zum Essen ein. Ein Journalist sagte zu den Abgeordneten: „Da der Wächterrat den Beschluss ablehnen wird, müssen Sie das Essen zurückzahlen.“ Einer der Abgeordneten erwiderte: „Da wir den Beschluss nach der Ablehnung des Wächterrats noch einmal bestätigen werden, werden wir noch einmal zum Essen eingeladen.“

Erste Bürgermeisterin in Iran

Zum ersten Mal seit Bestehen der Islamischen Republik ist eine Frau zur Bürgermeisterin gewählt worden. Wie die Nachrichtenagentur IRNA meldete, wurde die Theologiestudentin Tahmineh Bolandraftar in der Stadt Nuschin Schahr in der westlichen Provinz Aserbaidschan zur Bürgermeisterin gewählt. Seit Beginn der Reformbewegung und der Amtsübernahme Präsident Chatamis finden immer mehr Frauen Einzug in die Politik. Chatami selbst hatte nach seiner Wahl im Jahre 1997 Massumeh Ebtekar zu seiner Vizepräsidentin ernannt.

Tod einer Journalistin infolge der Folterungen beim Verhör

Die iranisch-kanadische Journalistin Zahra Kazemi wurde, wie nach Wochen offiziell bekannt gegeben wurde, während des Verhörs schwer misshandelt, was schließlich zu ihrem Tod führte. Die 54-jährige Fotoreporterin, die als freie Journalistin für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften wie Recto Verso, Gazotto de femme, Globe and

Mail und Camera Press arbeitete, hielt sich seit Jahren in Kanada auf und war dort eingebürgert. Sie war Mitte Juni aus Anlass der Studentenunruhen nach Iran gereist, wurde, während sie vor dem Eviner Gefängnis in Teheran fotografierte, wegen angeblicher Spionagetätigkeit in Haft genommen.

Zunächst hieß es, die Fotoreporterin sei infolge eines Schlaganfalls gestorben. Doch die Wahrheit kam erst nach und nach ans Tageslicht. Zwar sind die genauen Umstände immer noch nicht bekannt, doch nach bisherigen Ermittlungen soll der Vorfall wie folgt abgelaufen sein.

Zahra Kazemi wurde am 23. Juni, während sie vor dem Eviner Gefängnis in Teheran fotografierte, festgenommen und bis 3 Uhr morgens verhört. Bei diesem Verhör ist auch der vor wenigen Monaten neu ernannte Teheraner Staatsanwalt Said Mortazawi anwesend gewesen. Am nächsten Morgen erließ ein Untersuchungsrichter Haftbefehl gegen sie. Insgesamt verbrachte sie laut Bericht einer von Staatspräsident Chatami eingesetzten Kommission 21 Stunden in Gewahrsam der Staatsanwaltschaft, 26 Stunden in Gewahrsam der Ordnungskräfte, weitere 4 Stunden bei der Staatsanwaltschaft und 26 Stunden beim Informationsministerium. Da sich ihr gesundheitlicher Zustand zunehmend verschlechterte - sie klagte über ihre Kopfverletzungen - wurde sie am Abend des 26. Juni ins Krankenhaus gebracht. Am nächsten Tag wurde bei der Patientin der Hirntod festgestellt. Sie wurde jedoch künstlich am Leben gehalten, bis am 10. Juli um 17:30 Uhr ihr Tod bekannt gegeben wurde.

Das Datum der offiziellen Bekanntgabe des Todes war offensichtlich bewusst gewählt. Denn für den 9. Juli, den Jahrestag der Studentenunruhen von 1999, waren landesweit Demonstrationen angesagt. Man befürchtete eine Eskalation der Unruhen. In der offiziellen Meldung hieß es, Frau Kazemi sei infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Wie nachträglich bekannt wurde, hatte Staatsanwalt Said Mortazawi den für die Vergabe von Akkreditierungen für ausländische Journalisten zuständigen Staatssekretär im Kultusministerium, Mohammad Hussein Choshwaght, in die Staatsanwaltschaft bestellt und ihn zunächst mit Haft bedroht, weil er der Journalistin, die Mortazawi als Agentin bezeichnete, die Akkreditierung

gewährt habe. Danach setzte er den Text einer Pressemitteilung auf, die der Staatssekretär unterzeichnen und im Namen seines Ministeriums an die Agenturen weiterleiten sollte. Anschließend ließ er sich den Empfang durch die Agenturen bestätigen und drängte darauf, dass die Pressemitteilung so rasch wie möglich im Wortlaut verbreitet wird. All dies teilte Chosrowdji in einem Schreiben an Parlamentspräsident Karrubi mit. Darin erklärt er auch, dass Mortazawi ihn erst in Ruhe gelassen hatte, nachdem er erfahren habe, dass seine Schwester die Schwiegertochter des Revolutionsführers ist.

Die inzwischen bekannt gewordenen Fakten lassen keinen Zweifel daran, dass Staatsanwalt Mortazawi das Verbrechen vertuschen wollte. Der Tod der Fotoreporterin löste im In- und Ausland große Empörung aus. Die kanadische Regierung reichte eine Protestnote beim iranischen Außenministerium ein und verlangte die Aufklärung des Falls. Auch verschiedene Journalistenverbände, darunter der iranische Journalistenverband, protestierten gegen das Vorgehen von Polizei und Justiz. Daraufhin setzte Staatspräsident Chatami eine Untersuchungskommission aus Mitarbeitern von vier verschiedenen Ministerien ein und versprach, den Fall so rasch wie möglich aufzuklären.

Wenige Tage später legte die Kommission ihren Bericht vor. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Todesursache ein Schädelbruch war, die entweder durch Schläge auf den Kopf oder durch einen Aufprall des Kopfes auf einen harten Gegenstand hervorgerufen wurde. Sie empfahl, einen unabhängigen Richter mit der Untersuchung des Falls zu beauftragen. Daraufhin übergab Justizchef Shahrudi den Fall an Staatsanwalt Said Mortazawi. Die Vorgehensweise war absurd, denn allgemein wurde der berühmt-berüchtigte Staatsanwalt für den Tod der Journalistin verantwortlich gemacht. Seine Bekanntheit erlangte Mortazawi dadurch, dass er als Richter zahlreiche Zeitungen verboten und mehrere Journalisten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt hatte. Er war erst vor wenigen Monaten zum obersten Staatsanwalt der Hauptstadt ernannt worden.

Die Entscheidung des Justizchefs löste im ganzen Land große Empörung aus. Der Parlamentsabgeordnete Mohssen Armin schilderte in einem mutigen Redebei-

trag vor dem Parlament den gesamten Vorgang, der zum Tod der Journalistin geführt hatte und machte Mortazawi für den Tod verantwortlich. Er verwies auch auf zahlreiche Haftbefehle, die der Staatsanwalt in den letzten Wochen gegen Studenten, die an den jüngsten Unruhen beteiligt waren, erlassen hatte. „Ich weiß, dass Montazawi nicht ohne Rückendeckung solche Schritte unternehmen kann“, sagte Armin. Seine Dreistigkeit gehe heute soweit, dass er den Zeitungen die Schlagzeilen vorschreibe. Er forderte den Rücktritt des Staatsanwalts und seiner Mitarbeiter. Sie sollen vor einem öffentlichen Gericht ihre Taten verantworten. Weitere Parlamentsabgeordnete schlossen sich den Forderungen Armins an.

Inzwischen hat die kanadische Regierung ihren Botschafter aus Teheran abberufen. Sie fordert die unverzügliche Aufklärung des Vorfalls. Kanadas Außenminister Bill Graham sprach von einer „entsetzlichen Tat“. Die Behandlung der Journalistin stelle einen Bruch der Verpflichtungen Irans gegenüber der internationalen Gemeinschaft dar. Indes hat ein weiteres Ereignis zu größerer Belastung der Beziehungen zwischen Iran und Kanada geführt: Die kanadische Polizei hatte am 23. Juli in Vancouver bei einer Verfolgungsjagd von drei Iranern den achtzehnjährigen Keywan Tabesh, der die Polizisten mit einem Messer angegriffen hatte, erschossen. Der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi bezeichnete die Tat als „ein nicht zu rechtfertigendes Verbrechen“, über das Iran Aufklärung verlange. Die Eltern von Keywan Tabesh, die sich ebenfalls in Kanada aufhalten, haben jedoch die Intervention Teherans zurückgewiesen. Der Vorfall sei nicht politisch. Für die Untersuchung sei die kanadische Justiz zuständig.

Nach bisher vorliegenden Informationen haben die Proteste gegen Mortazawi ihre Wirkung erzielt. Der gewaltsame Tod der Fotoreporterin soll doch nicht von dem umstrittenen Staatsanwalt untersucht werden. Das Büro der Teheraner Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass nun der Richter Djwad Esmaili mit der Untersuchung beauftragt worden sei. Die Berufung des alt gedienten Richters geht, wie aus Kreisen der Justiz bekannt wurde, auf die Initiative des Staatspräsidenten Chatami zurück. Richter Esmaili hat unmittelbar nach seiner Berufung gegen fünf Verdächtige

Haftbefehl erlassen. Die Namen der Verhafteten sind nicht bekannt.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Yas-e No“ hat die in Schiraz lebende Mutter der Journalistin berichtet, dass Sicherheitskräfte auf sie Druck ausgeübt hätten, damit ihre ermordete Tochter nicht, wie von ihrem in Kanada lebenden Sohn gefordert, nach Kanada überführt, sondern in Iran begraben werde. Sie habe nach dem Tod ihrer Tochter 15 Tage lang bei deren Bekannten in Teheran gewohnt. In dieser Zeit seien täglich Zivilgekleidete erschienen und hätten ihre Einwilligung verlangt. „Eine einzelne Frau, ohne Geld und fremd (in Teheran), wohin konnte ich gehen“, sagte sie. Sie habe den Leichnam ihrer Tochter aus diesem Grund in ihre Geburtsstadt Schiraz gebracht, wo er am 23. Juli begraben worden sei.

Prominente Intellektuelle fordern UNO auf, die Lage der Menschenrechte in Iran zu untersuchen

Das Internationale Komitee für den Übergang zur Demokratie in Iran, dem prominente Intellektuelle aus aller Welt wie der französische Philosoph Régis Debray, der portugiesische Literaturnobelpreisträger José Saramago, der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, der Filmemacher Costa-Gavras und der US-Linguist Noam Chomsky angehören, hat in einem Brief UN-Generalsekretär Kofi Annan aufgefordert, eine Untersuchung der Lage der Menschenrechte in Iran zu veranlassen. Annan müsse so schnell wie möglich eine Kommission einberufen, die den Berichten unabhängiger internationaler Organisationen über eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte nachgehe, schrieben die Prominenten.

Minister tritt aus Protest zurück

Der Minister für Höhere Bildung Mostafa Moein hat Anfang August aus Protest gegen die Blockierung seines Reformprogramms sowie gegen die Verhaftung und Misshandlung von Studenten in den letzten Wochen sein Amt niedergelegt.

Studenten erteilen dem Staat Absage

Islamische Studentenvereine aus 24 verschiedenen Universitäten des Landes haben einen offenen Brief an das ira-

nische Volk veröffentlicht. Darin erklären sie, die Zeit, in der man seine Worte an den Staat richten und vom Staat erwarten konnte, dass er sich dem Willen des Volkes beuge, sei längst vorbei. „Unsere legitimen Forderungen werden mit willkürlichen Verhaftungen beantwortet“, heißt es in dem Brief.

Iran hat eine Mittelstreckenrakete

Seit Ende Juli verfügt die Organisation der Revolutionswächter, eine Parallelorganisation zur iranischen Armee, die zu Beginn der Revolution gegründet und inzwischen zur stärksten militärischen Kraft des Landes ausgebaut wurde, über eine Rakete mit einer Reichweite von rund 1.300 Kilometern. Die Rakete, die den Namen „Shahab 3“ erhielt, ist in der Lage, Israel und die in Saudi-Arabien, Afghanistan oder Irak stationierten US-Truppen zu erreichen. Sie wurde während einer Militärparade in Anwesenheit des Revolutionsführers Ayatollah Chamenei in Teheran in den Dienst der Elitetruppe gestellt. „Unser Volk und unsere Streitkräfte sind heute bereit, ihre Ziele überall zu verteidigen“, sagte Chamenei. Die Shahab-3-Rakete sei auch für das libanesische und palästinensische Volk die Antwort auf alle Herausforderungen. „Die göttliche Kraft hat auf alle Bedrohungen geantwortet, und heute sehen wir, dass diese göttliche Kraft dabei ist, dasselbe auch für das libanesische und palästinensische Volk zu tun.“

Die Zeremonie wurde vom staatlichen Fernsehen übertragen. Es waren drei Raketen auf mobilen Rampen zu sehen. An der Zeremonie nahmen rund tausend Revolutionsgardisten teil. Der Chef der Revolutionswächter Jahja Rahim Safawi sagte, nun könne sich Iran gegen jede Herausforderung verteidigen. Wie das Fernsehen weiter berichtete, sind die Revolutionsgarden zusätzlich mit neuen Kampf- und Transporthubschraubern sowie russischen Kampffjets vom Typ Suchoi-25 ausgestattet worden.

Israel warnte vor dieser Entwicklung. Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums sagte, die Rakete sei in Zusammenhang mit dem angeblichen Nuklearpotential „nicht nur eine Gefahr für Israel, sondern für die ganze Region und auch für Europa“.

Iran hatte Anfang Juli bekannt gegeben, dass die mehrjährigen Tests für die Mittelstreckenrakete abgeschlossen seien. Den Angaben zufolge hat das Geschoss eine Reichweite von 1300 bis 1500 Kilometern, womit es theoretisch bis ins äußerste Südosteuropa, nach Westindien, ins westliche China und nach Südwestrussland reicht. Bislang verfügte die iranische Armee über Scud-B-C-Raketen mit einer Reichweite von höchstens 500 Kilometern. Die Shahab 3 war erstmals im Juli 1998 getestet worden. Sie basiert auf der Technologie der nordkoreanischen No-Dong-1 sowie der pakistanischen Ghauri-II-Rakete und kann einen bis zu tausend Kilogramm schweren Sprengkopf transportieren. „Shahab“ bedeutet im Persischen „Komet“ oder „Sternschnuppe“.

Die Äußerungen des Revolutionsführers bei der Zeremonie hatten noch ein politisches Nachspiel. 193 Politiker und Parlamentsabgeordnete forderten in einem Schreiben, das sie mit den Worten „dringend und existenziell wichtig“ bezeichneten, Chamenei auf, seine gegen Israel gerichteten provokativen Worte zurück zu nehmen. Der Internetdienst „Emruz“ berichtete, dass weitere hundert Prominente sich dieser Aufforderung angeschlossen haben.

Obwohl die Äußerungen vom Fernsehen live übertragen wurden, versuchte Regierungssprecher Hamid Reza Assefi sie bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz zu ignorieren bzw. sie zu dementieren. Zugleich hat das Büro des Revolutionsführers Staatsanwalt Said Mortazawi beauftragt, sämtliche iranische Medien anzuweisen, die Äußerungen nicht zu veröffentlichen. Demzufolge haben alle Internetdienste die entsprechenden Zitate herausgenommen. Der Internet-Dienst „Baztab“, der dem Revolutionsführer nahe steht, hatte zunächst die Worte Chameneis vollständig zitiert und sie lobend kommentiert. Doch nach wenigen Stunden wurde der gesamte Beitrag aus dem Internet herausgenommen. Selbst die Tageszeitungen, die die Rede des Revolutionsführers veröffentlicht und kommentiert hatten, nahmen diese am nächsten Tag aus dem Internet heraus.

Es ist das erste Mal, dass die politische Zensur auch den Revolutionsführer erwischt. Die Äußerungen haben in der Bevölkerung Empörung und Verärgerung ausgelöst. Es herrscht allgemein die Meinung, dass Chamenei durch seine provokativen Äußerungen die Gefahr ei-

ner militärischen Intervention seitens der USA oder Israel, eine Gefahr, die in Iran sehr ernst genommen wird, erheblich gesteigert hat. Chamenei selbst scheint seinen Fehler eingesehen zu haben. Aus seiner Umgebung wird berichtet, er habe zugegeben, dass er sich missverständlich und ungeschickt geäußert habe. Er habe nun nichts dagegen einzuwenden, wenn andere versuchen sollten, das Missverständnis zu klären, soll er gesagt haben.

II. Wirtschaft
Erneuter Versuch Irans zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation

Das persischsprachige Programm der BBC setzt sich in einem ausführlichen Beitrag mit dem Bemühen Irans, die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) zu erwerben, auseinander. Nachdem der Aufnahmeantrag der Islamischen Republik durch ein Veto der USA abgelehnt wurde, hat das Land Mitte Juli erneut einen Antrag gestellt.

Esfandiar Omidbachschi, bevollmächtigter Vertreter des iranischen Außenhandels, der sich um die Mitgliedschaft Irans bei der WTO bemüht, sagte laut einem Bericht der Tageszeitung „Yas-e No“, Iran habe am 24. Juli zum dreizehnten Mal einen Aufnahmeantrag eingereicht. Bereits vor sieben Jahren habe Iran die Mitgliedschaft beantragt und seit drei Jahren stehe der Antrag immer wieder auf der Tagesordnung der WTO. Vom Mai 2001 bis Mai 2003 sei der Antrag zwölf Mal behandelt und die Entscheidung immer wieder durch ein Veto der USA vertagt worden.

Es ist durchaus möglich, dass die USA dieses Mal nicht eine Vertagung der Entscheidung, sondern eine Ablehnung beantragen. Dazu meint Omidbachschi, eine solche Entscheidung bedürfe der Zustimmung der Mehrheit der Ratsmitglieder, die sicherlich dem Antrag der USA nicht folgen werde. Seiner Einschätzung nach würden die USA auch dieses Mal eine Vertagung erreichen. Er sei der Meinung, die Misserfolge Irans, die Mitgliedschaft zu erlangen, seien rein politischer Natur. Deshalb sei nicht seine Delegation dafür verantwortlich zu machen, sondern jene Instanzen, die in Iran für die Politik des Landes verantwortlich seien.

Amerika ist das einzige Land, das dem Antrag Irans nicht zustimmt. Iran hat in den letzten Jahren, obwohl seine Aufnahme immer wieder vertagt wurde, versucht, sich wirtschaftlich den von der WTO gesetzten Normen und Maßstäben anzupassen. So wurde die Zollpolitik entsprechend geändert. Neue Gesetze zur Erleichterung der Auslandsinvestitionen und Herabsetzung der Steuersätze gehören zu den Maßnahmen, die die Aufnahme in die WTO erleichtern sollten. „Im Grunde haben wir wirtschaftlich wichtige Schritte unternommen, so dass eine Ablehnung unseres Antrags nicht wirtschaftlich begründet werden

kann“, sagte Omidbachschi. „Nur die USA machen uns Probleme.“

Aber es gibt auch in Iran Fachleute und Politiker, die im Gegensatz zur Regierung gegen eine Mitgliedschaft Irans in der WTO sind. Ihre Ablehnung begründen sie damit, dass das Land mit der Mitgliedschaft gezwungen wäre, seine Grenzen für ausländische Waren zu öffnen, mit denen inländische Produzenten nicht konkurrieren könnten. Sie würden ihre Produktion einstellen müssen. Dadurch würde die iranische Wirtschaft einen großen Schaden erleiden. Aus demselben Grund haben iranische Arbeiter in Teheran während einer Tagung der WTO (in Gatar, 2002) gegen die „Globalisierung“ der Wirtschaft demonstriert. Bei der Demonstration sagte Hassan Sadeghi, Vorsitzender der Islamischen Arbeiterräte: „Die Globalisierung ist nichts anderes als die Dominanz der westlichen Kultur und die Institutionalisierung einer vom Westen gelenkten Diktatur.“

Iran hatte bereits vor zehn Jahren zur Anpassung der iranischen Wirtschaft an die Bedingung der Mitgliedschaft in der WTO ein Komitee gegründet. Nach eineinhalb Jahren schlug dieses Komitee der Regierung vor, die Mitgliedschaft zu beantragen. Die Regierung stimmte dem Vorschlag zu, auch Revolutionsführer Ayatollah Chamenei erklärte sich mit der Mitgliedschaft einverstanden, betonte jedoch darauf zu achten, dass die kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten des Landes gewahrt bleiben.

Es dauerte bis zum Jahr 2001, bis der Aufnahmeantrag Irans auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Seitdem wird die Entscheidung immer wieder vertagt. Da die Mitgliedschaft in der WTO die Lösung bestehender Handelsprobleme zwischen allen Mitgliedstaaten und dem neuen Mitglied voraussetzt, bedarf die Aufnahme der Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Zurzeit sind von den 192 Mitgliedstaaten der UNO 146 Mitglied der WTO. Weitere 26 Staaten, darunter Afghanistan, Syrien und Libyen, haben bereits die Mitgliedschaft beantragt.

Handel zwischen Iran und Irak

Mohssen Mostafai, Leiter der Zollbehörde in Grenzstation Khosrawi, gab in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA bekannt, dass im vergangenen Monat bereits sechstau-

send Tonnen Waren im Wert von 3.962.000 US-Dollar von Iran in den Irak exportiert worden sind. Die Waren bestanden hauptsächlich aus Nahrungsmitteln, Zement, Plastikgeschirr und Getränken. Mostafawi sagte nicht, ob alle exportierten Waren in Iran produziert wurden oder ein Teil davon aus anderen Ländern stammte.

Der Irak befindet sich bekanntlich unter fremder, vor allem amerikanischer Besatzung. Daher besteht für iranische Staatsbürger absolut keine Möglichkeit, legal in den Irak einzureisen. Somit müsste der Warenverkauf direkt an der Grenze stattfinden. Die Grenzstation Khosrawi ist nicht der einzige Ort, an dem Waren an den Irak verkauft werden können. Auch über Shamlacheh, an der südlichen Grenze zwischen Iran und Irak, kann der Warenexport stattfinden. Über diese Grenzstation werden die meisten internationalen Hilfsgüter für Südirak transportiert. Außerdem findet zwischen den Gebieten, die diesseits und jenseits der Grenze von Kurden bewohnt werden und nicht unter der Kontrolle der Besatzungsmächte stehen, ein reger Warenaustausch statt.

Obwohl es zwischen Iran und Irak nach dem achtjährigen Krieg keinen Friedensvertrag gegeben hat, sondern nur einen Waffenstillstandsvertrag, gab es zwischen den beiden Ländern bis zum Sturz des Saddam-Regimes einen regen Handel. Irak stand während dieser Zeit an achter Stelle der Handelspartner Irans. Nach den vom iranischen Zollamt veröffentlichten Daten hat Iran von März 2002 bis März 2003 490,000 Tonnen Waren im Wert von 145 Millionen US-Dollar in den Irak exportiert.

Bis vor dem Krieg besuchten jährlich zahlreiche iranische Pilger die beiden heiligen Städte Nadjaf und Kerbela im Irak. Auch sie sorgten für einen regen Warenaustausch und bildeten als Touristen für den irakischen Staat eine Einnahmequelle. Mit dem Krieg und der Besatzung Iraks hat sich die Lage gründlich verändert. Doch es ist anzunehmen, dass trotz der Konflikt beladenen Beziehungen zwischen Iran und den USA Iran am Wiederaufbau Iraks beteiligt sein wird. Die Nachbarschaft zwischen beiden Ländern sowie die kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten werden sicherlich dazu beitragen, dass Irak wieder zu einem wichtigen Handelspartner Irans wird. Es wird damit gerechnet, dass mit der

Wiederherstellung der Ordnung im Irak und der Öffnung der Grenzen auch der Tourismus zwischen den beiden Ländern einen neuen Aufschwung erlebt.

Großes Ölreservoir in Iran entdeckt

Wie der Generaldirektor der iranischen Oil Development and Engineering Company, Abolhassan Chamushi, der iranischen Tageszeitung „Kayhan“ bekannt gab, sind in Iran Ölreserven von geschätzten rund 38 Milliarden Barrel Öl und damit eines der größten Reservoirs der Welt entdeckt worden. Die Vorkommen seien in drei benachbarten Ölfeldern in der Nähe der südiranischen Hafenstadt Buschehr gefunden worden. Ersten Studien zufolge enthalte das Feld Ferdows rund 30,6 Milliarden Barrel, das Feld Mund 6,63 Milliarden Barrel und das Feld Sagheh 1,3 Milliarden Barrel Öl. Eine Sprecherin des Ölministeriums bestätigte der Nachrichtenagentur Reuters gegenüber den Zeitungsbericht.

„Die genaue Kapazität wird bald bekannt gegeben werden“, sagte Chamushi. Die Förderung von Schweröl aus diesen Feldern bedürfe einer besonderen Technologie und großer Investitionen. Das Öl ist von hoher Dichte, wodurch es auf dem Weltmarkt weniger wertvoll ist als die meisten der nachgewiesenen iranischen Ölreserven von 90 Milliarden Barrel.

Ein iranischer Experte des Zentrums für globale Energiestudien, Manuchehr Takin, sagte, er denke, das Öl werde wahrscheinlich ein Kandidat für ausländische Investitionen, wenn man die Produktionskosten berücksichtige. „Es ist eine große Menge.“ Iran will bis zum Jahr 2005 seine Ölförderung von vier auf fünf Millionen Barrel pro Tag steigern und hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt der Erkundung von Reserven und der Gewinnung ausländischer Investoren gewidmet.

Auslandsanleihen für den Ausbau der Teheraner U-Bahn

Wie die Tageszeitung „Hamshahri“ berichtet, hat die Teheraner Stadtverordnetenversammlung der Stadtverwaltung die Erlaubnis erteilt, zum Ausbau der Teheraner U-Bahn Auslandskredite in Höhe von 275 Millionen Dollar für den Bau von U-Bahn-Wagen und 28 Millionen Dollar für Ersatzteile aufzunehmen.

Die Zeit für die Tilgung soll acht Jahre betragen. Die Hälfte der Rückzahlung übernimmt die Staatskasse. Die Teheraner U-Bahn untersteht der Stadtverwaltung. Jedwede Ausbaupläne müssen von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt werden.

Mohsen Hashemi, Geschäftsführer der U-Bahn-Gesellschaft und Sohn des Ex-Staatspräsidenten Rafsandjani, erläuterte vor der Stadtverordnetenversammlung den Ausbauplan und die Notwendigkeit der Kreditaufnahme. Mit dem Kauf neuer U-Bahn-Wagen werde die U-Bahn statt zurzeit 600.000 Personen 1.200.000 Personen befördern können, sagte er. Zurzeit fährt die U-Bahn im Acht-Minuten-Takt, nach dem Ausbau werde diese Zeit um die Hälfte gekürzt. Für alle diese Verbesserungen seien 245 neue Wagen für den Bezirk Teheran und 92 Wagen für die Strecke von Teheran nach Karadj benötigt. Die Wagen sollen innerhalb der nächsten drei Jahre geliefert werden.

Eine einfache Fahrt mit der U-Bahn kostet 65 Tuman, umgerechnet etwa 8 Cent. Die Gesamtunkosten werden nur zu 25 Prozent durch den Verkauf von Fahrkarten gedeckt. Die restlichen 75 Prozent trägt der Staat. Hashemi sagte, wenn man allein die laufenden Kosten berechnen wollte, müsste man für eine einfache Fahrt 206 Tuman berechnen. Wenn man auch noch die Abnutzungskosten berechnen würde, käme man sogar auf über 1000 Tuman für eine einfache Fahrt.

Die ersten Pläne für den Bau einer U-Bahn in Teheran lagen schon 1975 vor. Nach der Revolution wurden die Pläne verworfen, weil die neuen Machthaber eine U-Bahn als Luxus betrachteten. Erst 1990 nahm man den Plan wieder auf. Ein Jahr später wurden die ersten Schienen gelegt und ein Jahr danach wurde die erste U-Bahn-Strecke eröffnet. Die Länge der Tunnels beträgt insgesamt 44 Kilometer, davon werden erst 25 Kilometer benutzt.

Die Teheraner U-Bahn soll für eine Strecke von 200 Kilometern ausgebaut werden. Vor einem Jahr hatte Geschäftsführer Hashemi die Gesamtkosten für den Bau auf zwei Milliarden Dollar geschätzt, er werde 20 Jahre dauern. Auch in anderen Großstädten Irans wie Maschad, Tabriz, Schiraz, Isfahan und Ahwaz soll eine U-Bahn gebaut werden.

III. Außenpolitik

Konflikt um das iranische Atomprogramm

Ali Akbar Salehi, Vertreter Irans bei der Internationalen Atombehörde (IAEA), hat sich nach einem Bericht der Tageszeitung „Iran“ für die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle zum Atomwaffensperrvertrag, die unangemeldete Kontrollen der Atomanlagen erlauben, ausgesprochen. Die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle könne den politischen Streit um das Atomprogramm beenden und sei daher für Iran von Vorteil. Damit entspricht er der Forderung, die die IAEA an die Islamische Republik stellt. Ob jedoch die iranische Regierung der Empfehlung, der sie selbst zustimmt, folgen wird, ist keineswegs sicher. Denn die vom Reformpräsident Chatami geführte Regierung genießt keine Entscheidungsfreiheit. Nicht einmal das Parlament, in dem die Reformer die Mehrheit haben, ist in der Lage, den Konflikt mit der IAEA zu beenden. Die eigentlichen Machtzentren liegen außerhalb der Exekutive und Legislative, sie werden von Konservativen beherrscht. Diese haben sich bislang eher ablehnend zu den Forderungen der Internationalen Atombehörde geäußert. Mohammad Reza Bahonar, Mitglied des von Islamisten beherrschten „Schlichtungsrat“ zum Beispiel meinte, Iran werde niemals ein Dokument unterzeichnen, das der Souveränität des Landes widersprechen würde. Einige konservative Zeitungen vertreten sogar die Ansicht, Iran sollte sich unter keinen Umständen dem Druck von außen beugen und im Falle von Sanktionsandrohung sogar seine Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag zurückziehen.

Tatsächlich nimmt der Druck von außen ständig zu. Die USA werfen Iran seit langem vor, ein Programm zur Herstellung von Atomwaffen entwickelt zu haben. Ihr Ziel ist, den UN-Sicherheitsrat zu Sanktionen gegen Iran zu bewegen. Präsident Bush forderte kürzlich die internationale Gemeinschaft, insbesondere Europa auf, gemeinsam mit der US-Regierung Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abzuhalten. „Der beste Weg für andere, den Iranern zu diesem Zeitpunkt zu begegnen ist, sich uns mit einer eindeutigen Erklärung anzuschließen, dass die Entwicklung von Atomwaffen nicht im Interesse der Iraner liegt“, sagte Bush. Er glaube fest daran, dass die Frage friedlich gelöst werden könne.

Hierzu sei aber ein gemeinsames Vorgehen der internationalen Gemeinschaft mit den USA erforderlich. Bush rief insbesondere Europa dazu auf, gegenüber der iranischen Führung eine klare Haltung einzunehmen.

In der Tat nähert sich die EU dem Kurs der USA gegenüber Iran an. Am 21. Juli veröffentlichten die EU-Außenminister eine scharfe Erklärung, in der sie Iran zu einer „umfassenden Zusammenarbeit“ mit der Internationalen Atombehörde aufforderten. Iran müsse vor allem die Zusatzprotokolle ohne Vorbedingung unterzeichnen, heißt es dort. Die Minister machten jede verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, vor allem den in Aussicht gestellten Kooperations- und Handelsvertrag mit Iran, von der Offenlegung des Atomprogramms, der Einhaltung der Menschenrechte, der Terrorismusbekämpfung und der iranischen Haltung zum Nahost-Friedensprozess abhängig. Sie entschieden, „die künftigen Schritte ihrer Zusammenarbeit zwischen der EU und Iran im September mit Blick auf die weiteren Entwicklungen“ zu überprüfen. Wichtig werde die Einschätzung der Internationalen Atombehörde zum iranischen Atomprogramm sein. (s. Bericht über die Absage des Besuchs Chatamis in Brüssel, diese Seite)

Auch Israel verschärfte den Ton gegen die Islamische Republik. Außenminister Silvan Schalom sagte kürzlich bei seinem Besuch in Rom: „Wir sind einer Bedrohung durch Iran ausgesetzt. Iran hat ein radikales Regime, das im Jahr 2006 fähig sein wird, Atomwaffen zu bauen.“ Dieser Sachverhalt bedrohe die „Stabilität Europas, Russlands, des Nahen Ostens und der gesamten Welt“. Auch Israels Ministerpräsident Ariel Scharon bezeichnete in einem Interview des US-Nachrichtensenders „Fox“ Iran als die größte Gefahr für Israel und den Friedensprozess im Nahen Osten. Teherans Streben nach Nuklearwaffen sei eine Bedrohung für die Bemühungen um eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Bei seinem Besuch Ende Juli in Washington forderte Scharon von den USA ein „energisches Vorgehen“ gegen das iranische Atomprogramm. Der israelische Rundfunk berichtete, dass Scharons militärischer Berater Joaw Galant während des Gesprächs im Weißen Haus Dokumente und Fotografien vorlegte, die auf ein Programm Irans zur Entwicklung von waffenfähigem Uran hinwiesen.

Der Druck auf Iran wächst, aber auch die Zeit drängt. Anfang Juli führte der Leiter der Internationalen Atombehörde, El Baradei, in Teheran Gespräche mit der iranischen Staatsführung. In diesen Tagen hält sich ein IAEA-Team in Teheran auf. Laut Plan soll die Atombehörde am 9. September einen neuen Bericht über das iranische Atomprogramm vorlegen. Wie aus Diplomatenskreisen verlautet, sollen UNO-Inspektoren angereichertes Uran gefunden haben, was heißen könnte, dass das Land waffentaugliches Uran herstellt. Iran weist die Vorwürfe entschieden zurück. Die Regierung hat wiederholt beteuert, ihre nukleare Technik nur zur Energiegewinnung zu nutzen. Sie hat zwar bisher die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle nicht grundsätzlich abgelehnt, sie jedoch mit Gegenleistungen verknüpft, vor allem mit der Forderung, Zugang zu moderner Technologie zu erhalten.

Zugleich ist man sich in Teheran darüber klar, dass die Drohungen aus Washington und Tel Aviv ernst zu nehmen sind. Der Irak-Krieg ist ganz frisch und die Erinnerung an die Bombardierung irakischer Atomanlagen durch Israel vermutlich noch nicht aus dem Gedächtnis verschwunden. Auch der Druck seitens der EU könnte sich für die iranische Wirtschaft äußerst schädlich auswirken. In Teheran ist man sich der prekären Lage bewusst, man ist sich aber nicht einig. Letzte Woche trat der Sprecher der Atomenergiebehörde, Chalil Mussavi, ohne Angabe von Gründen zurück. Während die Reformer auf ein Einlenken drängen, sind aus den Kreisen der Konservativen noch scharfe Töne zu hören, sie werden aber allmählich leiser.

Nach den letzten Meldungen hat Iran eine baldige Entscheidung im Streit um die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle angekündigt. Wie die Nachrichtenagentur IRNA meldete, sagte Außenminister Charrasi, die Regierung in Teheran werde nach einem weiteren Besuch von Experten der Internationalen Atombehörde über die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag entscheiden.

Chatamis Besuch in Brüssel abgesagt

Der für September dieses Jahres geplante Staatsbesuch Chatamis in Brüssel wurde überraschend abgesagt. Die Gründe, die für die Absage genannt

werden, sind unterschiedlich. Aus diplomatischen Kreisen in Brüssel verlautete, seitens der EU-Außenminister sei Iran signalisiert worden, dass unter den gegebenen Umständen ein Staatsbesuch Chatamis nicht opportun sei. Darauf hin habe Chatami seinen Besuch abgesagt. Ein Sprecher der belgischen Regierung erklärte, die Absage Chatamis werde in Brüssel zur Kenntnis genommen. Chatami sollte am 17. September die Ehrendoktorwürde der Universität Lüttich entgegennehmen. Ferner wollte er die Gelegenheit zu Gesprächen mit EU-Vertretern nutzen.

Iranische Medien deuten die Absage Chatamis als Reaktion auf einen Beschluss der EU-Außenminister, in dem die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Unterzeichnung eines Kooperations- und Handelsvertrages an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Welche Version tatsächlich zutrifft, ob Chatami höflich eingeladen worden ist oder er selbst aus Verärgerung über den Beschluss der EU-Außenminister seinen Besuch abgesagt hat, ändert nichts an der Feststellung, dass die Atmosphäre zwischen der EU und Iran so angespannt ist wie seit Jahren nicht. Bisher konnte sich Iran stets darauf verlassen, dass die EU im Gegensatz zu den USA zu einer konstruktiven Zusammenarbeit und einem friedlichen Umgang mit der Islamischen Republik bereit ist. In der Tat basierte die EU-Politik Iran gegenüber auf der Unterstützung der von Chatami geführten Reformbewegung. Sie drängte auf die Einhaltung der Menschenrechte und den Kampf gegen den Terrorismus und verlangte von Iran, den Friedensprozess im Nahen Osten nicht zu torpedieren. Doch nun zeichnet sich ein neuer Kurs ab. Die bisherige Differenzierung zwischen Reformern und Konservativen wird nicht mehr fortgesetzt. Stattdessen versucht man, den islamischen Staat als eine Einheit zu betrachten, an den man klare Forderungen stellt. Zwar wird immer wieder betont, dass man den Dialog fortsetzen und alle Probleme auf friedlichem Wege lösen will. Aber die Absage des Besuchs von Präsident Chatami zeigt deutlich, dass man sich mit den unterschiedlichen Stimmen aus Teheran und den Widersprüchen der iranischen Außenpolitik nicht mehr zufrieden geben will.

Rückkehr hunderttausender Iraker aus Iran

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen hat angekündigt, Anfang August mit der Rückführung hunderttausender Iraker, die sich zum Teil seit dem irakisch-iranischen Krieg (1980-1988) in Iran aufhalten, zu beginnen. Bei den mehr als 200.000 Flüchtlingen handelt es sich zumeist um Schiiten, die in Iran Zuflucht gesucht haben. UN-Flüchtlings-Hochkommissar Ruud Lubbers sagte nach einem Besuch im südiranischen Flüchtlingslager Aschrafi Esfahin, irakische Flüchtlinge hätten „das Potential, beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen“. Die Repatriierung in großem Maßstab müssten noch mit den iranischen Behörden ausgehandelt werden, sagte Lubbers. „Die Rückführung soll in den ersten Tagen des August beginnen. Das ist ein ambitionierter Zeitplan.“

Kuba stört amerikanische Fernseh- und Rundfunksendungen für Iran

Mehrere Satellitensender hatten bereits vor Wochen die Vermutung geäußert, dass die für den Iran bestimmten Fernseh- und Rundfunkprogramme aus den USA von Kuba aus gestört werden. Dies hat nun auch der amerikanische Rundfunkrat bestätigt. Vier Satellitensender sind in Los Angeles stationiert. Informationen des Rundfunkrates zufolge werden von Havanna aus Störsignale ausgestrahlt, die die Weiterleitung der Sendungen verhindern.

Der Vorsitzende des Rundfunkrates, Kenneth Tomlinson, sprach von einem beispiellosen Vorgang. Bisher habe Kuba lediglich US-Sendungen gestört, die für Kuba bestimmt sind. Nach Meinung der Vertreter der US-Regierung habe Teheran Havanna um diese „Dienstleistung“ gebeten. Denn von Iran aus seien solche Störungen technisch nicht möglich. Wie schon gemeldet, haben die USA in jüngster Zeit ihre auf Iran gerichteten Fernseh- und Rundfunksender erheblich verstärkt. Nach Angaben der US-Regierung sollen damit vor allem iranische Jugendliche zum Protest und Aufstand gegen das Mullah-Regime ermuntert werden.

Iran hält hochrangige Mitglieder der El-Kaida in Haft - USA verlangen Auslieferung

Der iranische Informationsminister Ali Junesi sagte auf einer Pressekonferenz in Teheran: „Seit dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes haben wir viele Mitglieder von El-Kaida festgenommen.“ Darunter seien auch hochrangige Personen. Junesi nannte keine Namen.

Die Kuwaitische Regierung behauptet, der El-Kaida-Sprecher Sulaiman Abu Ghaith befände sich in iranischer Haft. In Geheimdienstkreisen wird die Vermutung geäußert, dass sich auch der Vize-Chef der Organisation, Ajman el Sauahri, und der Sicherheitschef Saif el Adel in Iran aufhalten. Nach Angaben des iranischen Innenministers Abdolwahed Musawi Lari sollen einige Mitglieder der Organisation in Iran vor Gericht gestellt und andere an die Herkunftsländer ausgeliefert werden.

Iran hatte über längere Zeit erklärt, die Identität der Gefangenen noch nicht bestimmt zu haben. Offensichtlich ist man in Teheran allmählich dazu bereit, die Namen preiszugeben.

Die USA drängen auf eine Auslieferung. „Wichtig ist es nun zu handeln“, sagte US-Außenamtssprecher Richard Boucher. Die US-Regierung verlange, dass die El-Kaida-Mitglieder an ihre Heimatländer ausgeliefert oder an Justizbehörden, die gegen sie Anklage erhoben haben, überstellt werden. Für die Vereinigten Staaten sei der Aufenthalt der El-Kaida-Mitglieder keine Überraschung, sagte Boucher. Washington sei längst der Meinung, dass wichtige Operationen der Organisation von Iran aus koordiniert würden.

Bereits vor Wochen hatten US-Geheimdienste behauptet, die Attentate in der Hauptstadt Saudi-Arabiens, Riad seien von Iran aus, mit Hilfe von El-Kaida-Mitgliedern geplant worden. Bei diesen Attentaten waren am 12. Mai 2003 35 Menschen, darunter neun amerikanische Staatsbürger, getötet worden. Etwa 200 Menschen wurden verletzt.

Deutsche Politiker kritisieren die amerikanische Iran-Politik

In den letzten Wochen haben namhafte Politiker Deutschlands die amerikanische Iran-Politik kritisiert. Der CDU-Nahostexperte Ruprecht Polenz sagte

der „Berliner Zeitung“, die amerikanische Strategie der Ausgrenzung Irans „lässt sich erstens nicht so leicht bewerkstelligen und ist zweitens auch nicht klug“. „Ohne Iran wird kein langfristiges, regionales Sicherheitskonzept funktionieren.“

Man solle auch Forderungen der USA nach einem Regimewechsel nicht überbewerten, meinte der CDU-Politiker. Washington habe weder eine klare Strategie Iran gegenüber, noch konkrete Vorstellungen, wie ein Regimewechsel herbeigeführt werden soll. „Ich halte es jedoch generell für kontraproduktiv, von einem Regimewechsel zu sprechen. Unsere Forderungen an Teheran müssen auf Verhaltensänderungen und die Einhaltung internationaler Standards gerichtet sein.“ Was man an Iran kritisieren müsste, seien „Teherans Position zum Nahen Osten, die Menschenrechte, die Unterstützung des Terrorismus und seit einiger Zeit auch die Frage, ob Iran nach Atomwaffen strebt.“

Die Europäer könnten, meinte Polenz, eine wichtige Rolle spielen. „Die EU und Iran verhandeln derzeit über ein neues Handelsabkommen. Einerseits braucht Iran den Abschluss, andererseits hat die EU die genannten Forderungen und erwartet zu Recht, dass Iran zum Beispiel auch das Demonstrationsrecht achtet, keine paramilitärischen Gruppen zu deren Niederschlagung einsetzt und die Menschenrechte einhält.“ Teheran müsse „klar gemacht werden, dass es das eine ohne das andere nicht bekommen kann“, sagte Polenz.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat die Strategie der USA gegenüber Iran scharf kritisiert. In einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ sagte der Bundestagspräsident: „Man muss sich auf die Verhältnisse einlassen, um sie verändern zu können, um Einfluss von außen zu gewinnen. Man muss die Kräfte der inneren Entwicklung befördern und nicht durch eine Drohkulisse, durch die Androhung von Krieg die Mullahs stärken.“

Der SPD-Politiker befürwortete einen Regimewechsel in Iran. Aber er müsste durch die Unterstützung der islamischen Zivilgesellschaft erfolgen, sagte er. „Wir sollten Kontakte mit den Reformkräften pflegen, für sie Partei ergreifen und zugleich mehr Kontrolle über das iranische Atomprogramm einfordern.“ Der Bundestagspräsident

warnte vor einer militärischen Intervention wie im Irak. „Ich möchte mich nicht daran gewöhnen, dass wir in immer neuen Ländern Demokratisierungskriege führen. Die Probleme, die danach zu bewältigen sind, sind jeweils riesig. Deswegen ist es vernünftiger und wohl auch aussichtsreicher, Demokratisierungsprozesse, die im Land selbst begonnen haben, zu unterstützen und zu befördern.“